

Die Tabaksteuer im Hauptauschuß.

♣ Berlin, 5. Mai. (Telegr.) Der Steuerausschuß des Reichstages setzte Freitagnachmittag die allgemeine Besprechung über die Tabaksteuervorlage fort. Ein fortschrittlicher Redner führte aus, daß zwar bei einem Posttarif von einem Notbehelf gesprochen werden könne, nicht aber bei einer auf den Konsumenten abzuwälzenden Verbrauchssteuer. Nach dem Kriege werde man wahrscheinlich den Tabak noch einmal heranholen, und so würde man zwar das Provisorium los werden, aber die doppelte und dreifache Unruhe haben. Es wäre besser, bis nach dem Kriege zu warten, um dann ein Definitivum zu schaffen. Des Redners Partei wolle kein Gesetz schaffen, das zum Monopol als letzter Verzweiflungstat führe. Mit der Besteuerung der Zigaretten könne sie sich eher befreunden. Vor allem seien direkte Steuern, also nochmalige Erhebung des Wehrbeitrags, einzuführen. Ein polnischer Abgeordneter erklärte, daß bei der großen Teuerung des Tabaks und der allgemeinen Teuerung eine derartige höhere Besteuerung ganz unmögliche Verhältnisse schaffen würde. Viele vom Zigarrenhandel lebende Kriegerfrauen würden durch diese Steuer die selbständige Existenz verlieren. Die Regierung arbeite jetzt schon auf ein zukünftiges Tabakmonopol hin. Die Stellung seiner Partei zur Vorlage kann der Redner noch nicht angeben. Der Reichsschatzsekretär gab nicht zu, daß der Tabak sich nicht für eine Notsteuer eigne. Eine Garantie, daß die jetzige Besteuerung für alle Zeiten endgültig bleibe, könne er nicht übernehmen. Bei der Zigarette behalte sich die Regierung für die Zukunft alles vor. Wenn er im März 1915 gesagt habe, daß er, soweit es die Verhältnisse gestatten, ohne Kriegsteuern auskommen wolle, so habe er dabei nicht daran gedacht, daß der Krieg noch solange dauern würde. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion berief sich auf seine eigenen Erfahrungen als Tabakarbeiter, zum Beweise für die Schädigung der Tabakarbeiter durch eine solche Steuer. Ein Tabakmonopol sei bei 48 000 Betrieben sehr schwierig einzuführen, auch könnte das nur bei Geldüberfluß geschehen. Der Schatzsekretär erwiderte, daß er sich über das Monopol nicht äußern wolle, die Regierung werde nach dem Kriege sehen, wie unsere Arbeitskräfte am besten zu beschäftigen sind, aber trotzdem scheue er sich, sich jetzt schon irgendwie für ein Monopol zu erwärmen. Die Schwierigkeiten seien gewiß groß. Ein Zentrumredner begrüßte dankbar das Entgegenkommen der fortschrittlichen Volkspartei. Man habe sich ja auch bei der Kriegsgewinnsteuer geeinigt. Ein zweiter Redner der fortschrittlichen Volkspartei hat den Vorrödnern, seine Nachbarn zur Rechten entsprechend zu beeinflussen, damit neben indirekten auch direkte Steuern geschaffen werden. Die Möglichkeit zur Einmütigkeit des Reichstages bestehe. Wenn nach dem Friedensschluß doch ein neuer Eingriff gegen den Tabak komme, dann sei es sehr bedenklich, jetzt die Steuer zu machen. Für den heutigen Zeitpunkt sprächen Bequemlichkeitsgründe, aber ein Provisorium sei bei der Tabaksteuer nicht möglich. Über eine Erhöhung

der Zigarettensteuer lasse sich weit eher reden. Auch des Redners Partei wolle den heimischen Tabakbau fördern, aber das könne nicht durch Steuern geschehen, wie man überhaupt nicht zu große Hoffnungen auf die Förderung des heimischen Tabakbaus setzen dürfe. Der Reichsschatzsekretär erklärte, die Belastung beim Tabak so gewählt zu haben, daß er hoffe, in Zukunft damit auszukommen. Man hätte gern eine noch stärkere Belastung gehabt, habe sich aber schließlich auf den jetzigen Vorschlag geeinigt. Man werde in Zukunft sehr ungern eine neue Form der Besteuerung schaffen, aber mehr könne er nicht sagen. Ein weiteres Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion verlangte Beachtung des einmütigen Widerspruches aller Tabakarbeitergewerkschaften gegen die Vorlage, denen sich die Organisation der graphischen Gewerbe anschließe. Man möge die Vorlage ablehnen und dafür den Wehrbeitrag wiederholen. Ein nationalliberaler Abgeordneter äußerte große Bedenken, vom Standpunkt des heimatischen Tabakbaus, weshalb mit aller Vorsicht an die Sache herangegangen werden müsse. Eine geringe Erhöhung des Wertzollens wäre annehmbar, besonders wenn Stundung zugestanden wird. Auf die ganz verschiedenen Meinungen der Interessenten könne man sich nicht stützen. Jedenfalls wäre der jetzige Zeitpunkt, in dem die Abwälzung wegen der großen Nachfrage viel leichter sei, das kleinere Übel. Die Zigarettenindustrie mit ihren nur 18 000 Arbeitern und ihren Dividenden von über 30 Prozent könne auch zahlen. Der Reichsschatzsekretär gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die endgültige Reform bei den Sähen der jetzigen Vorlage stehen bleiben könne. Ein weiteres Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, eine rein inländische Zigarre würde jetzt 123 kosten. Wenn der Staatssekretär diese Zigarre eine Woche lang rauchen müßte, so würde er von seinen Plänen gründlich kuriert sein. Die Steuer bedeute eine Katastrophe für das Zigarrengewerbe. Der Redner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sprach gleichfalls entschieden gegen das Gesetz und forderte Garantien für die Arbeiter nach dem Vorbild des Rallgesetzes. Ein fortschrittlicher Abgeordneter, in dessen Wahlkreise besonders viele kleine Tabakwarenerzeuger leben, die zugleich kleine Landwirte sind, wünschte sehr, daß von der Erhöhung der Zigarettensteuer jetzt abgesehen werde. Ein konservativer Redner sprach sich für das Monopol aus, erklärte sich gegen die Wehrsteuer und forderte stärkere Förderung des einheimischen Tabakbaus, besonders auch als Schutzwehr gegenüber der Zigarette. Die allgemeine Besprechung kam zu Ende. Die nächste Sitzung soll erst Dienstag oder Mittwoch stattfinden, da die Fraktionen erst unter sich beraten wollen.